

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Fe-derf./zust.
1.	Arbeit				
	<p>Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den 1. Arbeitsmarkt hier: Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 01.08.2012 - AN/1270/2012 2931/2012 Frau Grimbach-Schmalfuß und Frau Kellinghaus-Klingberg bitten den LVR um Stellungnahme, wie viele Schüler und Schülerinnen bisher aus den Förderschulen und den GU-Schulen gar nicht erst in die Werkstätten, sondern direkt auf den 1. Arbeitsmarkt und in Integrationsbetriebe vermittelt werden konnten. Hier sollte auch die Entwicklung aus den letzten Jahren erkennbar sein. Die Stellungnahme soll zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vorgelegt werden.</p> <p>Vermittlung von jungen Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt hier: Stellungnahme des LVR vom 17.11.2012 zur Anfrage der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 03.09.2012 4330/2012 Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme des LVR zur Kenntnis. Frau Kellinghaus-Klingberg weist darauf hin, dass in der Stellungnahme des LVR dargestellt wird, dass keine Aussagen zu Zahlen aus den GU-Schulen gemacht werden könnten. Dies findet sie irritierend, da sie selber für die Ge-</p>	03.09.2012	14.12.2012	<p>Zur Sitzung am 14.12.2012 hat der LVR eine ergänzende Stellungnahme abgegeben (Link: http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=35703&voselect=9044). Hierzu bat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um eine weitere ergänzende Stellungnahme. Diese hat der LVR der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Sitzung am 21.02.2013 vorgelegt (Link: http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=37557&voselect=9045).</p> <p>→ erledigt</p>	LVR

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Fe-derf./zust.
	<p>samtschule Holweide auf die Anfrage des LVR hierzu ausführliche Statistiken geliefert hat. Ihre Nachfrage beim LVR hat ergeben, dass diese Abfrage-Ergebnisse vom LVR noch nicht ausgewertet wurden. Sie bittet den LVR diese Auswertung zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik schriftlich zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Des Weiteren bittet Frau Kellinghaus-Klingberg um Stellungnahme warum die Mittel des Handlungsfeldes „Berufsorientierung“ des Bundesprogramms „Initiative Inklusion“ überwiegend an Förderschulen vergeben werden, warum die GS Holweide als einzige GU-Schule von dem Programm profitiert und wie die Stundenverteilung auf die einzelnen Schulen aussieht.</p> <p>Herr Ladatsch sichert eine schriftliche Stellungnahme des LVR zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu.</p>				
2.	Assistenzen				

3.	Bauen und Verkehr				
	<p>Barrierefreie Neu- und Umbauten hier: Anfrage aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 15.02.2011, TOP 4.3 2980/2011</p>	15.02.2011	06.12.2011	<p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hatte in der Sitzung am 08.09.2011 ergänzend zur dort von der Verwaltung vorgelegten Mitteilungsvorlage angeregt zu prüfen, ob nicht noch weitere Mittel separat für Maßnahmen der Barrierefreiheit ausgewiesen werden sollten.</p> <p>Zurzeit wird seitens des Fachamtes keine Notwendigkeit zur Einrichtung einer weiteren separaten konsumtiven Haushaltsstelle für Maßnahmen der Barrierefreiheit gesehen, da alle Aufgaben im gegebenen Rahmen umgesetzt</p>	VI / 66

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
				<p>werden konnten. Sollte sich dies im nächsten Haushaltsjahr ändern, wird das Amt für Straßen und Verkehrstechnik anstreben, im darauf folgenden Haushaltsjahr eine solche neue Haushaltsstelle einzurichten.</p> <p>Es wurde zwischenzeitlich in Absprache zwischen dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik und dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln eine Prioritätenliste erstellt, welche kleineren Maßnahmen zu Barrierefreiheit in welcher Reihenfolge abgearbeitet werden sollen.</p> <p>Die in der Liste aufgeführten Einzelmaßnahmen wurden zum Teil umgesetzt (z.B. rollstuhlgerechte Querung Gürzenichstraße), andere befinden sich in der Planung bzw. werden zur Ausführung vorbereitet. Pauschal formulierte Maßnahmen (z.B. Beseitigung von Ketten im Stadtgebiet) werden fortlaufend abgearbeitet. Die in der Liste aufgeführten Rampen-/Treppenanlagen liegen in der Zuständigkeit von 69.</p> <p>→ erledigt</p>	
	<p>Barrierefreies Planen und Bauen hier: Anpassung der städtischen Regelwerke und Absprachen an die neuen DIN-Vorschriften</p> <p>Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beauftragt den Arbeitskreis Barrierefreies Köln Gespräche mit den Fachämtern der Stadtverwaltung (Dezernat Planen und Bauen/Stabstelle Stadtraummanagement, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Amt für Straßen u. Verkehrstechnik, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln) sowie mit der Kölner-Verkehrsbetriebe AG (KVB AG)</p>	06.12.2011	06.12.2011	<p>Sachstand Stabstelle Stadtraummanagement:</p> <p>Das Gestaltungshandbuch für die Innenstadt, das als Entwurf vorgestellt wurde, wird im Frühjahr 2013 in einer Bemusterung auf der Straße Am Hof in seinen Details überprüft werden. Wichtig ist hier besonders die Funktionalität der modifizierten Details zur Barrierefreiheit.</p> <p>Die Anpassung der innerstädtischen Regelwerke erfolgt im Amt 66.</p> <p>Sachstand 26: Die Richtlinie der Gebäudewirtschaft „Barrierefreies Bauen in Öffentlichen Gebäuden“, wird entsprechend aktualisiert. In Abstimmung mit der Schulverwaltung sollen Festlegungen des Landes für das Bauen von „inkluisiven Schulen“ berücksichtigt werden. Diese werden in den nächsten Monaten</p>	VI/Stabstelle Stadtraummanagement, 26, 66, 67, 69, 56, KVB AG

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Forderung/zust.
	<p>mit dem Ziel aufzunehmen, die innerstädtischen Regelwerke und Absprachen hinsichtlich des barrierefreien Planens und Bauens den derzeit gültigen DIN-Normen anzupassen. Diese Anpassung ist erforderlich, da die für die barrierefreie Planung und Bauweise relevanten DIN-Normen (DIN 18040, DIN 32975, DIN 32984) teilweise völlig neu überarbeitet, ergänzt und neu gefasst und im Laufe diesen Jahres in Kraft gesetzt wurden.</p>			<p>erwartet.</p> <p>Die Änderungen der neuen DIN 18040-1 gegenüber der alten DIN 18024-2 werden bereits umfassend berücksichtigt. Unter Berücksichtigung der neuen Norm werden sukzessive Planungsmodulare entwickelt, die den Architekten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Bereits verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausstattung von Behindertentoiletten • Ausstattung von Behindertentoiletten mit Duschköglichkeit • Gestaltung von barrierefreien Umkleiden und Duschen in Sporthallen • Raumbeschilderungen nach dem 2 Sinne – Prinzip, optisch und taktil erfassbar <p>Sachstand 66 Das Regelwerk des Amtes 66 (Planerhandbuch) entsprach bereits in vielen Punkten den neu veröffentlichten DIN-Normen, da erste DIN-Entwürfe bei der Erstellung zu Grunde lagen. Beispielhaft genannt seien die Noppenplatten, die in der neuen DIN 32984 (2011-10) erstmals aufgeführt werden, gemäß Vereinbarung mit den Behindertenverbänden aber bereits seit einigen Jahren in Köln eingebaut werden.</p> <p>Um die neuen bzw. tiefer gehenden Vorgaben der neu veröffentlichten DIN-Normen zu berücksichtigen, wurde das Kapitel Barrierefreies Bauen des städtischen Planerhandbuchs im Jahr 2012 grundlegend überarbeitet. Neben der Aktualisierung der allgemeinen Grundsätze zum Barrierefreien Bauen wurde vor allem das Themengebiet Blindenleitsystem mit zahlreichen Musterzeichnungen ergänzt. Dort wo die bisherigen städtischen Standards von den neuen Normen abwichen (z.B. Bushaltestellen), wurden die erforderlichen Änderungen mit den Behindertenverbänden abgestimmt.</p> <p>Darüber hinaus werden die Vorgaben zum Barrierefreien Bauen bei entspre-</p>	

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
				<p>chendem Bedarf auch weiterhin aktualisiert bzw. ergänzt.</p> <p>Sachstand 67: Die Planungsmappe „Barrierefreiheit in Kölner Grünanlagen“ nimmt die aktuellen DIN-Normen auf, sofern sie auf das Kölner Grün anzuwenden sind. Die DIN 18040 Teil 3 befindet sich noch in der Entwurfsphase, sie wird das wesentliche Regelwerk für das Grün darstellen.</p> <p>Die Planungsmappe „Barrierefreiheit in Kölner Grünanlagen“ wird mit den Behindertenverbänden abgestimmt.</p> <p>Sachstand 69: 69 führt bereits seit 2003 regelmäßig Gespräche mit den Behindertenverbänden nach der sogenannten „Anhörung nach Behindertengleichstellungsgesetz“ durch. Diese regelmäßigen Besprechungstermine werden von 69 geleitet und dienen insbesondere dazu, dass die erforderlichen Zustimmungen für Fördermaßnahmen erfolgen. Neben den ÖPNV-Projekten werden auch Projekte des Dezernates und sonstige Maßnahmen besprochen. Bei diesen Anhörungen sowie in zusätzlich stattfindenden Gesprächen zu Einzelmaßnahmen werden auch die Details aus den aktuellen Regelwerken mit den Behindertenverbänden thematisiert. Hier ist auch oftmals beispielsweise die Ausführung der sogenannten taktilen Leitstreifen oder der erforderliche Kontrast von Einbauten Abstimmungsthema. Sobald sich hier die Anforderungen auch durch z. B. neue DIN-Vorschriften ändern, werden diese Änderungen auch Vorgaben in den neuen Planungsvorschriften der Verwaltung. Auch die anderen Ämter der Verwaltung sowie die KVB beteiligen sich an diesen von 69 geleiteten Gesprächen.</p> <p>Sachstand KVB: Die ausführliche Stellungnahme der KVB AG wurde dem Sachstandsbericht 2010 als Anlage beigefügt. Dieser Sachstandsbericht ist noch immer aktuell und unter folgendem Link abrufbar: http://ratsinformation.stadt-</p>	

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
				koeln.de/ydocstart.asp	
	Barrierefreiheit für hörgeschädigte Menschen in öffentlichen Gebäuden	14.12.2004	05.04.2005	<p>Es wurden bislang Erhebungen zur Barrierefreiheit der Bürgerämter, der Bürgerzentren, der Kultureinrichtungen und der Schulen durchgeführt.</p> <p>In allen Bürgerzentren wurden ein bis zwei Veranstaltungsräume zur Verbesserung der Sprachverständlichkeit für Hörgeschädigte mit einer entsprechenden Anlagentechnik ausgestattet.</p> <p>Dies sind vorzugsweise Induktionsschleifen. Diese ermöglichen es Hörgeräteträgern, störungsfrei Audiosignale, wie Musik und Wortbeiträge drahtlos über die Hörgeräte zu empfangen.</p> <p>Die Räumlichkeiten, die nicht für eine Nachrüstung mit einer Induktionsanlage geeignet waren, wurden mit einem Kopfhörersystem, basierend auf einem professionellen InEar-Monitoring ausgerüstet. Durch dieses können auch Hörbehinderte, die kein Hörgerät besitzen, durch Verwendung von konventionellen Kopfhörern, akustisch versorgt werden. Für Hörgeräteträger stehen induktive Kopfhörer zur Verfügung.</p> <p>Damit sind in allen Bürgerhäusern elektroakustische Verbesserungen vorgenommen worden, die das Angebot für Hörbehinderte entscheidend verbessern. Etliche Bürgerhäuser haben angekündigt, mit den baulichen Verbesserungen ihr Programm künftig gezielt erweitern zu wollen.</p> <p>Für die Ausrüstung eines Besprechungsraums im Verwaltungsgebäude Kalk-Karree stehen keine Mittel zur Verfügung.</p> <p>Für den Komplex Spanischer Bau und Historisches Rathaus wurde eine mobile Anlage für Hörgeschädigte gekauft. Diese bietet die Möglichkeit des individuellen Einsatzes in den unterschiedlichen Sitzungs- und Veranstaltungsräumen.</p>	VI/ 26

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Forderung./zust.
				<p>Im Rahmen von Hochbauplanungen wird die Verbesserung der Hörsamkeit durch die Berücksichtigung reduzierter Nachhallzeiten entsprechend der DIN 18041 berücksichtigt.</p> <p>Für Hörgeschädigte, die im Stadthaus auf Beratungsgespräche angewiesen sind, stellt die Gebäudewirtschaft 2 mobile Ringschleifensysteme für kurze Distanzen leihweise kostenfrei zur Verfügung.</p> <p>Für Hörgeschädigte, die sich in Aufzügen im Notruffall nicht mit der Notrufaufschaltung verständigen können, wurde in der Gebäudeleitzentrale der Gebäudewirtschaft eine grundsätzliche Verständigung über SMS aus den Aufzügen eingerichtet. Erforderlich ist hierfür selbstverständlich ein Netzempfang im Aufzug. In den Aufzügen weist eine Notrufinfo auf diesen Service hin. Dies ist ein zusätzlicher Service der Gebäudewirtschaft, der die übliche Kommunikationsgewohnheit Hörgeschädigter berücksichtigt.</p>	
	<p>Trauerhallen – Beerdigungen – würdiges Abschiednehmen</p> <p>Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einigen sich darauf,</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ dass die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik den Friedhofsverband mit der Bitte um Bereitstellung von Hilfsmitteln für hörgeschädigte Menschen und Aufnahme der Frage nach den Bedarfen der Menschen mit Hörschädigungen in die Checkliste der Bestatter zur Organisation der Beerdigungszeremonien anschreibt; ➤ dass die Behindertenbeauftragte zusammen mit dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen nach einer Lösung sucht; ➤ dass in der nächsten Sitzung der Stadtar- 	<p>14.12.2004 23.08.2007</p>	<p>19.06.2008</p>	<p>2008 fand ein Ortstermin in der Trauerhalle des Melatenfriedhofs in mit Beteiligung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen, einem Vertreter des DSB und der Behindertenbeauftragten statt. Dort wurde vereinbart, dass der Vertreter des DSB einen technischen Vorschlag für die Verbesserung der Bedingungen in den Trauerhallen der Friedhöfe für Menschen mit Hörschädigungen machen wird. Leider wurde das Thema danach nicht weiter verfolgt und ein technischer Lösungsvorschlag existiert bis heute nicht. Aufgrund einer Anfrage zur Situation in der Trauerhalle des Südfriedhofs wurde das Thema von der Behindertenbeauftragten wieder aufgegriffen. Eine Anfrage an das Amt für Landschaftspflege und Grün zum Sachstand wurde mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Prüfung der baulichen Möglichkeiten und Maßnahmen beantwortet. Die Bearbeitung einer Anfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren für die Sitzung am 26.01.2012 zu dem Thema erfolgte durch das Amt für Landschaftspflege und Grün mit Vorlage-Nr. 4990/2011 (Link: http://ratsinformation.stadt-</p>	<p>VI/67</p>

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
	<p>beitsgemeinschaft Behindertenpolitik über den Sachstand berichtet wird.</p>			<p>koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=31525&voselect=8715).</p> <p>Stellungnahme 67: Entsprechende Vorgespräche zwischen der Behindertenbeauftragten, der Bestatterinnung und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen haben stattgefunden. Die Bestatterinnung hat die Bereitschaft zu weiteren Klärungen signalisiert</p> <p>Von der Friedhofsverwaltung wurde vorgeschlagen, mit Fachleuten die technischen Möglichkeiten und deren Kosten genauer zu erörtern. Ziel war es, eine Pilotanlage in der Trauerhalle des Friedhofs Melaten zum zweihundertjährigen Bestehen des Friedhofs in 2010 in Betrieb zu nehmen.</p> <p>Die von der Stadtarbeitsgemeinschaft angeregte technische Anlage für Hörgeschädigte in den Trauerhallen sollte zunächst nur in der Trauerhalle Melaten erprobt werden. Allerdings war vereinbart, dass die Erfahrungen einer installierten Anlage in Rösrath ausgewertet werden sollten. Hierzu wollte ein Vertreter des DSB Deutscher Schwerhörigen Bund- Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e. V. einen Besichtigungstermin koordinieren. Weil es aber offenbar erhebliche technische Probleme mit dieser Referenzanlage gibt, soll jetzt zunächst abgewartet werden, bis diese Probleme behoben sind, bevor der Termin stattfindet.</p> <p>Allem Anschein nach sind die Probleme mit der Referenzanlage noch nicht behoben. Um das weitere Vorgehen zu erörtern wird kurzfristig mit dem Vertreter Deutscher Schwerhörigen Bund -Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e. V.- ein Besprechungstermin vereinbart, um den Einsatz mobiler Funkübertragungsanlagen zu erörtern. Diese haben den Vorteil, dass sie völlig kabellos, ortsunabhängig, leicht transportabel und deshalb bei Beerdigungen auch am Grab einsetzbar sind.</p> <p>Das Abstimmungsgespräch fand zwischenzeitlich statt. In dem Gespräch wurden die verschiedenen technischen Möglichkeiten erörtert. Zur Umset-</p>	

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Fe-derf./zust.
				zung der favorisierten mobilen Lösung erfolgt demnächst eine Abstimmung mit dem Bestatterverband Köln mit der Zielsetzung, die technischen Hilfsmittel bedarfsorientiert im Zuge der Beisetzungsorganisation zu vermitteln.	
	<p>Barrierefreier Zugang zum Historischen Rathaus</p> <p>Im Rahmen der Bauarbeiten zur Archäologischen Zone am Rathaus wurde bereits Mitte 2012 der barrierefreie Zugang zum Historischen Rathaus entfernt. Die mobilitätsbehinderten Menschen können seitdem das Historische Rathaus nur noch mit fremder Hilfe und nicht problemlos besuchen.</p> <p>Frau Röttger-Schulz bittet daher im Namen der im Namen der Menschen mit Behinderung, dass der barrierefreie Zugang zum Historischen Rathaus unverzüglich wieder-hergestellt wird.</p> <p>Herr Zielinski teilt mit, dass dem Bausichtsamt für den ebenfalls nicht barrierefrei zugänglichen Spanischen Bau/Rathaus eine Baugenehmigung für eine Rampe vorliegt, die natürlich genehmigt wird.</p> <p>Beschluss: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Verwaltung unverzüglich die barrierefreie Zugänglichkeit des Historischen Rathauses wieder herzustellen.</p>	14.12.2012	14.12.2012	Die Verwaltung ist um eine zufriedenstellende Lösung bei der Wiederherstellung der barrierefreien Zugänglichkeit des Historischen Rathauses bemüht. Neben der Barrierefreiheit müssen dabei auch die Notwendigkeiten von archäologischer Grabung/Museumsbau und Ambiente des Rathauses berücksichtigt werden. In den bisherigen Klärungsprozess waren die verschiedensten Dienststellen der Stadtverwaltung einbezogen. Aufgrund des Antrages der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 14.12.2012 beabsichtigt das zuständige Fachamt nun, Baufachleute und Architekten aus dem Bereich der Archäologischen Zone zu beauftragen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird spätestens zur nächsten Sitzung am 13.05.2013 über das Ergebnis informiert.	VII 3
4.	Finanzen und Personal				

5.	Gesundheit				

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferdf./zust.

6.	Kunst und Kultur				

7.	Kinder und Jugend				

8.	Mobilität				

9.	Querschnittsbereiche				
	<p>Antrag der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte" 4302/2012</p> <p>Herr Ladenberger stellt dar, dass es die Stelle der Behindertenbeauftragten erst seit 2007 gibt und diese aufgrund der Arbeit und Initiative der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, insbesondere der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen eingerichtet wurde. Frau Reinecke, die die Aufgabe als Behindertenbeauftragte hervorragend im Sinne der Menschen mit Behinderung ausgeführt hat, wird Mitte 2013 in Ruhestand gehen. Da es aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Köln nicht sicher erscheint, dass diese Stelle dann nachbesetzt wird, ist es für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und insbesondere für die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen wichtig, dass es eine gute,</p>	14.12.2012	14.12.2012	<p>Mit Ratsbeschluss vom 20.09.2012 wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, welche Vorteile und Synergien sich durch die Zusammenfassung verschiedener Dienststellen, deren Aufgabenbereich die Themen Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung sowie Interessenvertretung im weiteren Sinn für verschiedene Personengruppen umfassen, zu einer zentralen Stelle Diversity Management erzielen lassen.</p> <p>Mit Ratsbeschluss vom 14.12.2010 zur Diversity-Politik der Stadt Köln wurde auch das Thema Behinderung als ein Schwerpunkt festgelegt.</p> <p>Derzeit erarbeitet die Verwaltung ein Organisationsmodell zum Diversity Management, welches die Zusammenfassung verschiedener mit den oben aufgeführten Themen befasster Aufgabengebiete zum Inhalt hat.</p> <p>Daher kann aktuell keine Aussage zur Nachbesetzung der in 2013 aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Behindertenbeauftragten getroffen werden.</p>	I/11

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Federf./zust.
	<p>planbare Nachfolge-regelung gibt. Herr Ladenberger weist auf den Newsletter des Deutschen Instituts für Menschen-rechte hin, welches auf Bundesebene die Aufgabe hat, die Umsetzung der Inklusion zu begleiten und zu fördern. Hier hat die Monitoring-Stelle wie folgt Stellung genommen: „Die Monitoring-Stelle schlägt weiter vor, das Amt der Behindertenbeauftragte zu stärken. So können die Behindertenbeauftragte die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention besser steuern und fachlich begleiten.“ Frau Reker teilt mit, dass die Fachverwaltung noch keine Stellungnahme zur Nachbesetzung abgeben kann. Sie stellt dar, dass es zwar im Sinne aller wäre, wenn gesagt werden könnte, die Umsetzung der Inklusion und der Barrierefreiheit ist vollständig erfolgt. Dies ist aber zurzeit nicht der Fall, so dass aus Sicht der Fachverwaltung die qualifizierte Nachbesetzung der Stelle geboten ist. Sie wird die Anfrage an die Personalverwaltung weiterleiten und entsprechend dem Wunsch der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um Stellungnahme bitten. Frau Dierksmeier schließt sich im Namen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ausdrücklich dem Anliegen der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen an. Auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege halten die Stelle und damit auch die Nachbesetzung der Stelle der Behindertenbeauftragten für außerordentlich</p>				

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
	<p>wichtig.</p> <p>Beschluss: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert die Verwaltung auf, für eine geeignete und lückenlose Nachfolge bei der Stelle Behindertenbeauftragte/ der Stadt Köln zu sorgen. Zur geplanten Vorgehensweise bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Verwaltung, in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu berichten.</p>				
	<p>Entsendung eines/r Vertreter/in und eines/r Stellvertreters/in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige/n Einwohner/in in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden Frau Röttger-Schulz stellt dar, dass die Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Hauptsatzung der Stadt Köln bislang nicht vorsieht, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden entsenden kann. Im Ausschuss Anregungen und Beschwerden werden jedoch sehr viele behindertenrelevante Themen behandelt, zu denen die Menschen mit Behinderung als Sachkundige in eigener Angelegenheit wertvolle Stellungnahmen etc. abgeben könnten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellen daher den Antrag, dass die Stadtarbeits-</p>	14.12.2012	14.12.2012	<p>Dem Ausschuss Soziales und Senioren wird in 02/2013 durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur Ergänzung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um diesen Passus vorgelegt.</p> <p>Hinweis: Der Ausschuss Soziales und Senioren hat die Änderung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 28.02.2013 beschlossen.</p> <p>Die Verwaltung wird nun die entsprechende Ergänzung der Hauptsatzung in § 23 a vorbereiten, die durch den Rat beschlossen werden muss.</p>	01 V/3

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Federf./zust.
	<p>gemeinschaft Behindertenpolitik auch in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden eine/n sachkundige/n Einwohner/in entsendet.</p> <p>Beschluss: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Ausschuss Soziales und Senioren zu beschließen, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden eine/n sachkundige/n Einwohner/in und für den Verhinderungsfall eine/n persönliche/n Vertreter/in entsenden kann. Die Verwaltung wird gebeten die Änderungen der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Hauptsatzung der Stadt Köln entsprechend zu veranlassen.</p>				
10.	Schule				
	<p>Entsendung einer Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Unterausschuss Ganztage Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist intensiv im Schulbereich zum Thema Inklusion engagiert. Nachdem der Inklusionsplan vom Rat beschlossen wurde wird nun in Unterausschüssen und Arbeitsgruppen weitergearbeitet. Inklusion ist auch im Ganztage ein wichtiges Thema. Damit diese wichtige Aufgabe nun auch im Unterausschuss Ganztage Berücksichtigung findet, ist es aus der Sicht der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen wichtig, dass</p>	14.12.2012	14.12.2012	<p>Der Rat hat am 19.03.2013 beschlossen, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine/n Vertreter/in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Unterausschuss Ganztage entsendet.</p> <p>➔ erledigt</p>	40

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Fe-derf./zust.
	<p>die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik dort vertreten ist. Die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen schlagen daher vor, Frau Stephanie Stangier, die von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Schule und Weiterbildung entsandt wurde, in den Unterausschuss Ganztage zu entsenden.</p> <p>Beschluss: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hält es für erforderlich, dass auch im Unterausschuss Ganztage ein/e Vertreter/in der Menschen mit Behinderung als Sachverständige/r in eigener Sache vertreten ist. Sie bittet daher die Verwaltung alles Erforderliche zu veranlassen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik benennt als Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Frau Stephanie Stangier für den Unterausschuss Ganztage.</p>				
12.	Sport				

12.	Wohnen				
	Mangel an barrierefreiem bezahlbarem Wohnraum	03.02.2004	22.06.2012	<p>Stellungnahme 50: Das Amt für Soziales und Senioren, engagiert sich insbesondere bei der Realisierung von ambulantem gemeinschaftlichem Wohnen (Wohngemein-</p>	V/ 50 V/ 56

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Ferderf./zust.
				<p>schaft oder Wohnen im Einzelappartement mit Gemeinschaftsraum). Viele Menschen mit Behinderung sehen darin einen sinnvollen Kompromiss zwischen solitärem Wohnen in der eigenen Wohnung und stationärer Versorgung. Um diesem Nachfrageverhalten gerecht zu werden, hat das Amt für Soziales und Senioren ein besonderes Rahmen- und Finanzierungskonzept erarbeitet. Bereits im Planungsstadium der Wohnprojekte erfolgt die Abstimmung mit den Wohnungsanbietern und den Anbietern von Fachleistungsstunden mit der Konsequenz, dass auch für Menschen, die auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, ein problemloser Einzug in diese Wohnform möglich ist.</p> <p>Die Zahl der mit dem Fachamt abgestimmten gemeinschaftlichen Wohnmöglichkeiten steigt stetig.</p> <p>Stellungnahme 56: Die Schwerpunkte des Amtes für Wohnungswesen bei der Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderung liegen in der Beratung von Investoren, barrierefreie bzw. rollstuhlgerechte geförderte Wohnungen zu bauen (Wohnraumförderung), und in der Beratung bzw. Unterstützung der betroffenen Haushalte bei der Wohnungssuche (Zentrale Beratungsstelle für behindertengerechtes Wohnen im geförderten Wohnungsbau und Wohnungsvermittlung).</p> <p>In dieser Stelle kombiniert sich eine zuständigkeitsübergreifende Beratung / Koordination zum Thema mit der aktiven Unterstützung von betroffenen Haushalten bei der Wohnungssuche.</p> <p>Im Zuge der Wohnraumförderung wird in jedem Investorengespräch dafür geworben, zusätzlich zu den Standards der allgemeinen Förderrichtlinien, wie beispielsweise der barrierefreien Zugänglichkeit von EG Wohnungen, möglichst viele Wohneinheiten durch einen Aufzug barrierefrei zu erschließen oder sogar rollstuhlgerecht zu planen.</p>	

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Forderung/zust.
				<p>Ergänzend dazu haben die Investoren die Möglichkeit, über die zentrale Beratungsstelle Informationen zur Nachfragesituation im behindertengerechten Wohnen für Stadtbezirke oder einzelne Stadtteile zu erhalten. In Zusammenarbeit mit „wohn mobil“ wird den potentiellen Vermietern ferner der Service angeboten, für ein zu beplanendes Gebiet eine Einschätzung zur Barrierefreiheit der Infrastruktur (ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten etc.) vorzunehmen.</p> <p>Im Jahr 2012 wurden für insgesamt 210 Wohneinheiten, davon 28 Wohnheimplätze für Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen, Förderzusagen erteilt. Hierin enthalten sind auch 3 Gruppenwohnungen für pflegebedürftige Menschen. 189 dieser Wohnungen werden über einen Aufzug erschlossen. 3 Wohnungen und 8 Heimplätze werden für Rollstuhlfahrer/innen gebaut.</p> <p>Die Versorgungsquote im Jahr 2012 belief sich auf 120 Haushalte (mit 216 Personen), welche eine behindertengerechte geförderte Wohnung beziehen konnten. In diesen Haushalten war jeweils mindestens eine Person auf die Nutzung eines Rollstuhls o. ä. angewiesen.</p> <p>Im Hinblick auf die zu erwartenden Neubauwohnungen, wird für die Zukunft von einer weiteren Vielzahl von Versorgungsmöglichkeiten für die betroffenen Haushalte ausgegangen.</p> <p>Abschließend soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderung innerhalb des geförderten Wohnungsbaus in der derzeitigen Qualität ausschließlich durch die Aufgabenteilung zwischen der Zentralen Beratungsstelle des Amtes für Wohnungswesen und der Beratungsstelle für Wohnungswechsel bei „wohn mobil“ in der bisherigen Personalstärke gewährleistet werden kann.</p> <p>Im Hinblick auf die Tatsache, dass in Zukunft aus den bekannten Gründen mit einer größer werdenden Zahl von Haushalten für eine behindertenge-</p>	

Anlage 2 zur Vorlage 0627/2013 Sachstandsbericht zu den noch nicht erledigten Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen für die Zeit von 2004 - 2012

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

hier: laufende Anfragen/ Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Verwaltung 2004 – 2012

Stand: 02/2013

	Anfragen/Anträge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	aus Sitzung vom	letztmalig behandelt	Sachstand	Federf./zust.
				rechte Wohnung zu rechnen ist, sollte im Rahmen von eventuellen Einsparüberlegungen berücksichtigt werden, dass Einschnitte in einen dieser Bereiche mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verschlechterung der Versorgungssituation für die betroffenen Menschen führen wird. Die Zentrale Beratungsstelle des Amtes für Wohnungswesen ist seit dem 29.01.2013 unbesetzt. Eine zeitnahe Wiederbesetzung der Stelle wird angestrebt.	
13.	Wahlen				
